

# PRESSEMITTEILUNG

Wir müssen über Hass sprechen: Start der bundesweiten Aktionswoche gegen antimuslimischen Rassismus

**Berlin, 24.06.2019 – #HassHatKeinHerz – so lautet das Motto der bundesweiten Aktionswoche gegen antimuslimischen Rassismus, die heute mit Veranstaltungen in ganz Deutschland anlässlich des Tages gegen antimuslimischen Rassismus (1. Juli 2019) startet. Mehr als 32 Organisationen machen Hass und antimuslimischen Rassismus mit Podiumsdiskussionen, Workshops, Straßen- und Onlineaktionen zum Thema. Eine begleitende Plakatkampagne in fünf deutschen Städten wirbt dafür, das Schweigen zu Islam- und Muslimfeindlichkeit zu brechen.**

Muslim\*innen werden nicht nur durch islamfeindliche Debatten und antimuslimische Diskurse im täglichen Leben und im Netz verletzt. Anfang Februar 2019 wurden in Berlin innerhalb kurzer Zeit mehrere Kinder und Jugendliche Opfer antimuslimischer und rassistischer Übergriffe. Erst im März 2019 wurden in Christchurch (Neuseeland) 50 Menschen bei einem terroristischen Anschlag aus islam- und muslimfeindlichen Motiven ermordet. Übergriffe auf muslimische Einrichtungen und Muslim\*innen sind Alltag in Deutschland. Islam- und Muslimfeindlichkeit haben Konjunktur.

Mit der Aktionswoche gegen antimuslimischen Rassismus soll ein maximal menschliches Bekenntnis gegen Rassismus und Hass im Allgemeinen und antimuslimischen Rassismus im Besonderen gesetzt werden. Ziel ist es, die breite Öffentlichkeit für das Thema antimuslimischer Rassismus zu sensibilisieren und aufzuklären. Die Aktionswoche wird koordiniert von CLAIM, der Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit. Nina Mühe, Projektleiterin von CLAIM: *„Antimuslimische Einstellungen und Rassismus breiten sich in unserer Gesellschaft immer stärker aus und gefährden nicht nur Muslim\*innen, sondern letztlich die ganze demokratische Gesellschaft. Wir sind in großer Sorge, da wir seit Jahren eine islamfeindliche Grundstimmung beobachten, die von vielen Seiten instrumentalisiert wird. Wir haben es hier nicht mit der Meinung Einzelner zu tun – das zeigen nicht nur Studien, sondern die beinahe täglichen verbalen und tätlichen Übergriffe auf Muslim\*innen und Menschen, die als Muslim\*innen wahrgenommen werden. Eine ernsthafte Debatte hierzu findet bisher nicht statt. Die Aktionswoche gegen antimuslimischen Rassismus anlässlich des 1. Juli ist ein erster Schritt, immer wieder darauf hinzuweisen. Die bundesweiten Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der Aktionswoche geben Menschen die Möglichkeit, mehr zu erfahren, sich zu begegnen und Barrieren und Stereotype abzubauen. Wir freuen uns daher, dass sich dieses Jahr so viele zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligen. Es ist Zeit, den Hass, der sich gegen alle Minderheiten - gegen Juden, Sinti und Roma, gegen People of Color, gegen Muslim\*innen oder gegen LGBT- Menschen- entlädt, zu thematisieren, sich zu solidarisieren und breite gesellschaftliche Allianzen zu bilden.“*

Der Höhepunkt der Aktionswoche gegen antimuslimischen Rassismus ist der 1. Juli 2019, der Tag gegen antimuslimischen Rassismus. Am 1. Juli 2019 jährt sich zum zehnten Mal der Mord an Marwa El-

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



STIFTUNG  
MERCATOR

CLAIM ist ein Projekt der MUTIK gGmbH, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und der Stiftung Mercator.

Sherbini, die am 1. Juli 2009 während einer Strafverhandlung im Landgericht Dresden aus islamfeindlichen Motiven ermordet wurde. Als Tag gegen antimuslimischen Rassismus steht der 1. Juli seitdem für entschiedenes Eintreten für eine solidarische, demokratische, freiheitliche und multireligiöse Gemeinschaft.

Hinter dem 1. Juli und der Aktionswoche (24. Juni – 1. Juli 2019) steht ein breites, wachsendes zivilgesellschaftliches Bündnis von Initiativen, Kulturschaffenden, Migrantenorganisationen, Netzwerken, Wohlfahrtsverbänden, Moscheen und Aktionsgruppen. Neben Veranstaltungsformaten wie Podiumsdiskussionen, Workshops und Diskussionen gibt es zahlreiche Aktionen wie etwa „Gemeinsam Schwimmen im Prinzenbad (Berlin)“ sowie Fotokampagnen aus der Zivilgesellschaft.

Hintergrund: Diverse Umfragen und Studien belegen, dass sich islamfeindliche und antimuslimische Einstellungen in Deutschland seit Jahren auf einem hohen Niveau bewegen: 2015 sagten 57 Prozent der nicht-muslimischen Befragten einer Studie der Bertelsmann Stiftung, dass sie den Islam für bedrohlich oder sehr bedrohlich halten. 2016 wurde im Rahmen der Leipziger Mitte-Studie festgestellt, dass sich jede\*r zweite Befragte durch Muslim\*innen manchmal „wie ein Fremder im eigenen Land“ fühlt (2009 noch 32,3 Prozent) und 41,4 Prozent sich dafür aussprechen, Muslim\*innen die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen (2009 noch 25 Prozent). Muslim\*innen werden offen als „Problemgruppe“ wahrgenommen - antimuslimische Ressentiments kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Im Jahr 2017 sind laut Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) 1.075 islamfeindliche Straftaten zu verzeichnen gewesen. Im Jahr 2018 wurden gemäß BMI 910 islamfeindliche Straftaten gemeldet; die Zahl der dabei Verletzten hat deutlich zugenommen und lag 2018 bei 74 Personen (2017 waren es noch 56). Es ist davon auszugehen, dass die offizielle Statistik dabei noch nicht das wahre Ausmaß des antimuslimischen Rassismus abbildet.

**Hinter der Aktionswoche stehen u.a. (alphabetisch sortiert):** Aktionsbündnis muslimischer Frauen in Deutschland e.V., AntiDiskriminierungsbüro Köln/ ÖgG e.V., AWO Arbeit & Qualifizierung gemeinnützige GmbH Solingen-Projekt "Nicht in meinem Namen!", Abrahamisches Forum, Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (ADNB des TBB), Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx), Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. (BFmF e.V.), Bosnische Gemeinde Velbert, FAIR international e.V., Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V., Breaking Up, Inssan e.V., Islam im Saarland – saarländischer Islam!?, (isaar), Junge Islam Konferenz, JUMA — jung, muslimisch, aktiv, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V. (KIGa e.V.), Katholischen Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt e.V., LIFE e.V., Netzwerk gegen Islamfeindlichkeit und Rassismus Leipzig (NIR), La Red e.V., MENTOR (Kulturwerkstatt e.V. Reutlingen), Minor, Mosaik e.V., Rat muslimischer Studierender & Akademiker (RAMSA), Salaam-Schalom Initiative, Safer Spaces Deutschland, Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus, Sozialdienst muslimischer Frauen e. V. (Krefeld, Freiburg), The Muslim Story, Ufuq.de, Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V. Geschäfts- und Beratungsstelle Leipzig, WoW – With or Without e.V., Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur e.V. (ZEOK e.V.), 5hoch4 – Jugendclub im Netz,



**Die bundesweite Aktionswoche gegen antimuslimischen Rassismus findet statt vom 24. Juni – 1. Juli 2019. Mehr Informationen zur Aktionswoche und zum Tag gegen antimuslimischen Rassismus unter [www.allianzgegenhass.de](http://www.allianzgegenhass.de)**

**Über CLAIM:** CLAIM bildet eine breite gesellschaftliche Allianz gegen die Ausgrenzung von Musliminnen und Muslimen, gegen Intoleranz, Diskriminierung, Islam- und Muslimfeindlichkeit. CLAIM ist ein Projekt der MUTIK gGmbH, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und der Stiftung Mercator. Weitere Informationen zu CLAIM unter [www.claim-allianz.de](http://www.claim-allianz.de)

**Für Presseanfragen wenden Sie sich gerne an:**

CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit

Rima Hanano | Kommunikationsmanagerin

[presse@claim-allianz.de](mailto:presse@claim-allianz.de)

Friedrichstraße 206 | D- 10969 Berlin

T +49 30 2887 4567-7

M +49 160 95 66 31 21

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



STIFTUNG  
MERCATOR

CLAIM ist ein Projekt der MUTIK gGmbH, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und der Stiftung Mercator.